



ZIELORT: BESATZUNG

DIGITALER TOURISMUS UND ISRAELS ILLEGALE SIEDLUNGEN
IN DEN BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN.

AMNESTY
INTERNATIONAL



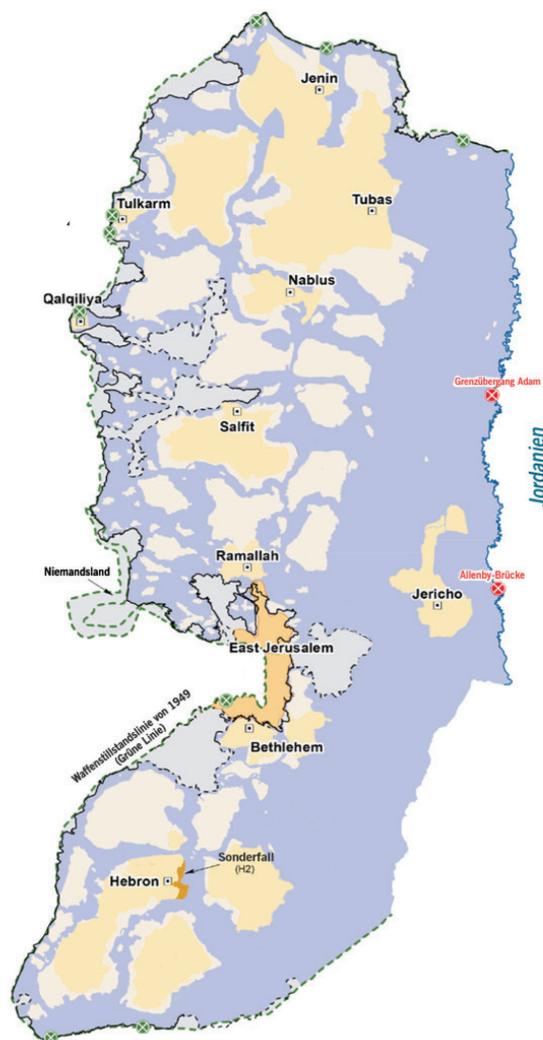
Airbnb Inc. (Airbnb), Booking.com B.V. (Booking.com), Expedia Group Inc. (Expedia) und TripAdvisor bieten zahlreiche Hotels- und B&B- Unterkünfte, Attraktionen oder Touren in den israelischen Siedlungen der besetzten palästinensischen Gebieten (OPT/ Occupied Palestinian Territories) an. Das Internationale Humanitäre Völkerrecht erachtet die israelischen Siedlungen auf dem besetzten Gebiet als illegal.

Durch ihre Errichtung kommt es in Folge von Transfers der israelischen Bevölkerung in die besetzten Gebiete und Aneignungen von Grundstücken ohne militärische Rechtfertigung zu Kriegsverbrechen im Sinne des Römischen Statut zum internationalen Strafgerichtshof. Die Unternehmen tragen somit wesentlich zum Erhalt einer rechtswidrigen Situation bei, in der die Menschenrechte von Palästinenser*innen missachtet werden. Zudem bewirkt die Werbung für israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten eine "Normalisierung".

DIE ISRAELISCHEN SIEDLUNGEN IN DER WESTBANK

Zusätzlich zu den drei Millionen Palästinenser*innen leben rund 600.000 israelische Siedler in der Westbank, ungefähr 200.000 davon im besetzten Ostjerusalem. Seit dem Jahr 1967 besteht die israelische Regierungspolitik darin, den Bau und Ausbau israelischer Siedlungen in den OPT zu befördern. Es handelt sich dabei um rund 250 Siedlungen.

Eine unabhängige Faktfindungsmission, die durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beauftragt wurde, die menschenrechtlichen Konsequenzen der israelischen Siedlungen in den OPT zu untersuchen, berichtete im Jahr 2013 darüber, wie diverse geschäftliche Aktivitäten, an denen sowohl israelische wie auch ausländische Unternehmen beteiligt sind, die illegalen Siedlungen aufrechterhalten. Ein Fortschrittsbericht, der im Jahr 2018 veröffentlicht wurde, hielt fest, dass touristische Aktivitäten „die Zukunftsfähigkeit von Wohnsiedlungsgemeinschaften sicherstellen“ und „zur Ertragskraft der Siedlungen beitragen“.



	Grenzübergang		Gebiete hinter der Sperranlage
	Checkpoint an der Grünen Linie		Oslo Zone A
	Bereits errichtete Sperranlage/Mauer		Oslo Zone B
	In Planung, Sperranlage/Mauer im Bau		Oslo Zone C
	Waffenstillstandslinie / Grüne Linie		Niemandsland
	Ostjerusalem		
	Hebron H2		



Quelle Karte unten: OCHA oPT – Dezember 2018

DIE TOURISMUSINDUSTRIE DER SIEDLUNGEN

Als Teil seiner Politik der Siedlungspolitik stellte Israel Unternehmen, die in den Siedlungen tätig sind, eine Reihe von finanziellen Anreizen zur Verfügung. Dies führte in den letzten Jahren zu einer verstärkten Unterstützung für Tourismusunternehmen. Beträchtliche finanzielle Ressourcen wurden für die Entwicklung touristischer Attraktionen und Infrastruktur bereitgestellt.

Abgesehen von finanziellen Gewinnen hat die israelische Regierung auch politische und ideologische Gründe für die Entwicklung einer Tourismusindustrie in der Westbank. Siedlergruppen, die von der israelischen Regierung unterstützt werden, stellen die historische Verbindung des jüdischen Volkes in der Region heraus, und viele seiner Siedlungen hat der Staat Israel in die Nähe archäologischer Stätten gesetzt, um einer Verbindung zwischen dem modernen Israel und seiner jüdischen Geschichte herzustellen. Auch wird die Einstufung bestimmter Stätten von der israelischen Regierung genutzt, um die Übernahme palästinensischer Landgrundstücke und Wohnhäuser zu rechtfertigen. Einher mit dieser Praxis gehen Zwangsvertreibungen und eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten von Häusern und Grundstücken.

SIEDLUNGEN UND DIE VERANTWORTLICHKEIT VON DRITTSTAATEN

Alle staatlichen Vertragsparteien der Vierten Genfer Konvention (auch Israel) haben die Pflicht „die Beachtung“ der Konvention „zu gewährleisten“.

Die Staaten dürfen Gewerbebetrieben, die innerhalb ihres Zuständigkeitsgebietes beheimatet sind oder dort ihren Hauptsitz unterhalten, nicht erlauben, in den Siedlungen oder mit den Siedlungsakteuren Geschäfte zu betreiben, und sie darin weder fördern noch unterstützen.

Wenn ein Staat jedoch in Gesetz und Praxis in der Lage wäre, diese Regulierungen durchzusetzen und er tut es nicht, so läuft dies seinen Verpflichtungen aus dem internationalen Völkerrecht zuwider.

DIE PFLICHT ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE ÜBER DIE LANDESGRENZEN HINAUS

Drittstaaten sind verpflichtet die Menschenrechte von Zivilpersonen vor potentiellen Übergriffen durch gewerbliche Akteure unter ihrer behördlichen Kontrolle zu schützen. Die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte (UN Guiding Principles on Business and Human Rights) beschäftigen sich mit staatlichen Pflichten in Bezug auf Formen, die in Konfliktgebieten tätig sind. Sie empfehlen den Staaten dafür Sorge zu tragen, dass ihr „politischen Strategien, Gesetze, Regulierungen und Durchsetzungsmaßnahmen für die Beseitigung des Risikos von unternehmerischen Verwicklungen in massive Menschenrechtsverletzungen wirksam und effektiv sind“.

Im Kontext bedeutet dies, dass unternehmerische Aktivitäten so zu regulieren sind, dass dadurch keine Menschenrechtsverletzungen an der palästinensischen Bevölkerung verursacht werden, oder dazu beigetragen wird. Momentan kommt kein Drittstaat dieser Verpflichtung in Bezug auf die illegalen Siedlungen nach. Aber auch Unternehmen sind für die Beachtung des Internationalen Humanitären Völkerrechts verantwortlich und müssen sich an international anerkannte Menschenrechte halten.